

# Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Num. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postkontonummer Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum im Anfündigungs-  
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,  
unter Eingekauft 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 66

Sonntag, 20. März

1921

## Neue Gesekentwürfe.

(St. K.) Das Gesamtministerium hat in der Sitzung vom 18. März d. J. beschlossen, dem Landtage folgende Gesekentwürfe vorzulegen:

1. über die Gebühren der Verwaltungsgerichte,
2. zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Bezüge der bis mit 31. März 1920 in Wartegeld oder Ruhestand versetzten Staatsbeamten und Lehrer, ihrer Hinterbliebenen und der Hinterbliebenen der vor dem 1. April 1920 im Amte versetzten Staatsbeamten und Lehrer, vom 21. Mai 1920.

## Deutschland und Rußland.

Das in der gestrigen Nummer veröffentlichte vorläufige Protokoll, das am 18. Februar d. J. in Moskau zwischen Vertretern des deutschen Auswärtigen Amtes und der Sowjetregierung aufgestellt worden ist, zeigt, daß die deutsche Regierung bemüht gewesen ist, zu sondieren, inwieweit sich ein gewisses Verhältnis zu Rußland schon jetzt herstellen läßt. Es ist dabei bedeutsam, daß die Wiederhernahme diplomatischer Beziehungen zunächst nicht vorgesehen ist. Die bisher ganz unverbundenen Besprechungen bezogen sich neben der schon im Interesse der Menschlichkeit zu begründenden Erledigung der Kriegsgefangenenangelegenheit, auf die konsularische Vertretung und handelspolitische Fragen. Damit sollte namentlich versucht werden, eine feste Grundlage für die Annäherung wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Deutschland und Rußland herzustellen.

Zunächst hat das fragliche Protokoll nur rein vorbereitenden Charakter. Inzwischen ist aber das Abkommen bekannt geworden, das Sir Robert Borden und Straßin am 16. d. M. in London unterzeichnet haben, und das viel weitergehende Bestimmungen enthält als das deutsch-russische Moskauer Protokoll. Nachdem in Italien Graf Ciano einen Vertreter der Sowjets empfangen hat und England zur Regelung seiner Handelsbeziehungen zu Rußland geschritten ist, gerückt man deutscherseits das Protokoll als Basis zu einer eventuell zu schließenden Vereinbarung mit Sowjetrußland zu verwenden. Hierbei werden zwischen den beteiligten Dienststellen Beratungen gepflogen. Deutschland lehnt es bekanntlich ab, sich irgendwie in die Gestaltung der inneren Verhältnisse des russischen Reiches einzumischen. Solange die russischen Nachbarn sich keiner Übergabe gegen Deutschland und die deutschen Staatsangehörigen in Rußland erlauben, berührt es das deutsche Volk nicht, von wem die Russen regiert werden. Angesichts der großen Bedeutung des russischen Handelsverkehrs für Deutschland ist es nur natürlich, daß die deutsche Regierung, unbeeinträchtigt durch Meinungen und Sympathien für irgendeine russische Gruppe, prüft, wie sie das Verhältnis zu Rußland für Deutschland möglichst vorteilhaft gestalten könne.

## Das Sinken des Frankfurtes.

Paris, 18. März. Die „Nationalzeitung“ weist im Handelsteil darauf hin, daß entgegen allen Erwartungen beim Eintritt der „Sanktionen“ der französische Franken mehr zurückgegangen ist als die deutsche Mark. Das Blatt schreibt dazu: Die Industrie- und Börsenführer versprechen sich nichts von den „Sanktionen“, und die erwartete Senkung Frankreichs beginnt seltsamerweise mit einer Entwertung des Franken, die bei der mächtigen Auslandsverschuldung Frankreichs gleich Milliarden ausmacht, vermutlich mehr als die ganze Differenz des ersten Jahres zwischen den französischen Forderungen und dem deutschen Angebot.

## Das englische Unterhaus und die Sanktionen.

London, 18. März. Im Unterhaus erklärte der Staatskanzler noch, wie von den Ministern getroffenen Maßnahmen seien durch den Vertrag von Versailles gerechtfertigt. Lord Robert Cecil fragte, ob die englische Regierung der Ansicht sei, daß der Vertrag bezüglich der Reparationen Sanktionen zulasse. Von Regierungseite wurde

## An die Oberschlesier!

### Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf!

Oberschlesier!

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Von euch wird es abhängen, ob Oberschlesien, durch Jahrhunderte mit Deutschland vereint, in Jahrhunderten mit Deutschland groß geworden, sich auch in Zukunft in Blüte und Wohlstand weiter entwickeln kann.

Oberschlesien und Teutschland sind untrennlich miteinander verbunden durch Bande des Blutes, durch die gemeinsame Kultur, durch den gleichzeitigen sozialen Aufstieg und durch die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Würden diese Bande zerissen werden, so ist die fruchtbarste Arbeit des letzten Jahrhunderts zunichte gemacht, und Hunger, Not und Elend sind die unausbleiblichen Folgen.

Oberschlesier! Soll Stolz und voller Zueversicht blüht das ganze deutsche Volk an eurem Schicksalstage auf euch. Aus allen Teilen des Reiches, aus dem Auslande sind eure Brüder und Schwestern zu euch gekommen, um aller Welt die Einmütigkeit aller Teutschen und die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit dem Deutschen Reich zu beweisen. Weder Drohungen noch Lockungen, weder Wähen noch Entbehrungen haben vermocht, sie von der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht abzuhalten. Wir vertrauen darauf, daß die Abstimmung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, in dieser feierlichen Stunde erneut zu erklären, daß sie das ober-schlesische Volk in der Regung seiner Zukunft nach Kräften unterstützen wird. Die erste gemeinsame Aufgabe der Zukunft wird es sein, Gegensätze auszugleichen, die der Abstimmungs-

kampf geschaffen hat, und sich zu gemeinsamer Friedensarbeit zusammenzufinden.

Oberschlesier! Die Stunde der Entscheidung ist da! Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hoffen und vertrauen auf euch. Denkt an eure Zukunft, denkt an euch und eure Kinder und stimmt für ein deutsches Oberschlesien.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Reichskanzler: Brüning.

### Einreise noch am Sonntag.

Wie von der Zentralstelle für die technische Durchführung der Abstimmungstransporte mitgeteilt wird, ist die Meldung, daß Stimmberechtigte nach dem 19. d. M., 12 Uhr nachts, nicht mehr in das Abstimmungsgebiet einreisen dürfen, nicht zutreffend. Anscheinend liegt dieser falschen Meldung ein Mißverständnis zugrunde. Die Abstimmungsunterzüge enden zwar am die angegebene Zeit. Tagelang steht der Einreise der Stimmberechtigten mit den Zügen des gewöhnlichen schienenmäßigen Verkehrs nichts im Wege. Das geht aus den Bestimmungen der internationalen Regierungs- und Pölsitzkommission in Lappe mit aller Deutlichkeit hervor.

### Verbrecher an ihrem Volke.

Wie von den Vereinigten Verbänden heimatischer Oberschlesier mitgeteilt wird, gibt es tatsächlich eine kleine Anzahl Oberschlesier, die trotz dringender Aufforderung nicht zu bewegen sind, ihre Stimme für Oberschlesien abzugeben. Die Vereinigten Verbände werden sich deshalb, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, gezwungen sehen, die Namen dieser Verbrecher an ihrem Volke bekanntzugeben, um sie so öffentlich zu brandmarken.

darauf erklärt, falls Ministerpräsident Briand in seiner Rede hätte sagen wollen, daß der Versailles Vertrag Sanktionen nicht nur in der Frage der Reparationen vorsehe, so stimme das mit den Anschauungen der britischen Regierung überein.

### Die Kämpfe der Franzosen mit den Arabern.

Paris, 18. März. Nach einer Havanna-Meldung aus Rabat ist eine Expeditionskolonie in der Gegend von Uzzan von 200 Angehörigen des nicht unterworfenen Stammes der Beni Mejara angegriffen worden. Sie seien nach heftigen Kämpfen zurückgeworfen worden. Der Feind habe große Verluste gehabt, darunter mehr als 100 Tote. Die Verluste der Franzosen betragen 34 Tote, darunter 3 französische Offiziere. Die Bewunderten der Franzosen betragen 74, darunter 3 französische Offiziere und 15 Soldaten.

### Der Aufruhr in Rußland.

Kopenhagen, 18. März. „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Aus Tarsjok wird vom 18. d. M. 1 Uhr nachmittags gemeldet: Aus Kronstadt kommen beständig neue Flüchtlinge hier an. Bisher sind an der finnischen Grenze 36 000 Flüchtlinge eingetroffen. Es wird noch immer ein heftiges Geschützfeuer von Kronstadt gehört. Nach einer späteren Meldung hörte das Geschützfeuer am Nachmittag auf.

### Die englische Kriegsmarine.

London, 18. März. Zu Beginn der Beratung des Marinebudgets im Unterhause hat Arch-

bold Shee folgenden Antrag eingebracht: Angesichts der starken Vermehrung der Seekreitkräfte anderer Mächte ist es nötig, die Stärke der englischen Kriegsmarine bezüglich der Großkampfschiffe und der Hilfschiffe noch zu erhöhen, damit sie einen so starken Beschuss an Schiffen hat, daß sie der sonderer Staaten mindestens gleichkommt.

### Präsident Harding und der Friedensvertrag von Versailles.

Paris, 19. März. Nach einer vom „Matin“ ausgegebenen Nachricht des New Yorker Handels-journals aus Washington soll aus sicherer Quelle verlaufen, Präsident Harding und die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten seien einig darüber, daß der Friedensvertrag von Versailles dem Kongress in der nächsten Session mit einem Vorbehalt hinsichtlich des Völkerbundes wieder unterbreitet werden soll. Die Annahme des Vertrages in dieser Form würde die Annahme aller Bedingungen hinsichtlich der Reparationen und der Indemnitäten sowie der Feststellung der Grenzen Deutschlands, der Mandate der Besetzungen und der Verfügungen über die ehemaligen deutschen Kolonien durch die Vereinigten Staaten bedeuten.

### Der Belagerungszustand in Thrazien.

Paris, 18. März. Wie Havas aus Athen erfährt, ist in Thrazien der Belagerungszustand erklärt worden. Diese Maßnahme erklärt sich durch die Tätigkeit bulgarischer Banden an der Grenze.

## Frankreichs Hoffnungen auf die Arbeiter.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Berlin, 18. März. Briand ist ein geschickter Woklat. Seine Reden sind daher meist weniger wertvoll durch das, was sie inhaltlich befragen, als durch die Nebenwirkungen, die sie zu erzielen streben. In seiner großen Kammerrede, die er soeben gehalten hat, hat er seine abvokatorische Geschicklichkeit wieder in hellem Lichte strahlen lassen: nachdem alle Versuche, die deutsche Regierung und das deutsche Volk in der Reparationsfrage auf die Knie zu zwingen, einstweilen an dem starken Sinne des deutschen Volkes gescheitert sind, versucht er es mit anderen Methoden, und der wenig günstige Eindruck, den das rücksichtslose Vorgehen der Verbändemächte, und besonders Frankreichs, durch Anwendung der militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen überall in der Welt gemacht hat, bietet ihm den Anlaß dazu, diese neuen Wege zu beschreiten. Er versucht es nämlich jetzt mit den Arbeitern. Diese sollen gegen die deutsche Regierung scharf gemacht werden. Aber auch hier kann man sagen, daß, wie die Idee nicht so verflucht gewesen, man' war versucht, sie äußerst dumm zu nennen.

Herr Briand braucht Geld. Er hat es dem französischen Volke versprochen, Geld, viel Geld, mehr, als in der ganzen Welt augenblicklich überhaupt zu haben ist. Nun kommen die Deutschen und sagen: Geld kannst du nicht haben, aber Arbeit wollen wir dir leisten. Das ist nun ein sehr vernünftiger und daher zugkräftiger Gedanke. Der einfache Mann in Frankreich, der immerfort die Klagen seiner Regierung hört, daß sie die besetzten Gebiete nicht aufbauen könne, weil sie kein Geld habe und solches von Deutschland nicht bekommen könnte, kann nicht begreifen, warum sie nicht das deutsche Anerbieten, mit deutscher Arbeit die angegriffenen Gebiete wieder aufzumachen, anzunehmen wünscht. Tatsächlich könnte ja, das ist durch den Unternehmungsgeist in Frankreich hinlänglich nachgewiesen, das zerstörte Nordfrankreich zum überwiegenden Teile wieder aufgebaut sein, wenn die Herren in Paris sich mit diesem Gedanken einer deutschen Arbeiter hätten befreundet können. Gegen diese Absicht aber hat man an der Seine die seltsamsten Einwände geltend gemacht. Bald war es die Gefahr bolschewistischer Verwilderung (!), die man von der Einwanderung deutscher Arbeiter befürchtete, bald wieder war es der tödliche Haß gegen Deutschland bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete, die eine Beteiligung deutscher Arbeitskräfte nicht rätlich erscheinen ließe. Auch in seiner jüngsten Rede hat ja Briand dem Abg. Hennessy gegenüber die Behauptung aufgestellt, daß der Gedanke einer Zusammenarbeit mit Deutschland von den besetzten Gebieten zurückgewiesen werde. Was es damit in Wirklichkeit auf sich hat, wissen wir ja: nicht die Bewohner der besetzten Gebiete sind es, die sich dagegen wenden, sondern die französischen Industriellen und Schieber, die sich das gute Geschäft nicht eingehen lassen wollen und lieber das Land zerstört liegen, als es durch deutsche Mithilfe aufbauen lassen. Der Haupttrumpf aber ist nach wie vor die Unterstellung, daß die französischen Arbeiter eine solche Konfurrenz deutscher Arbeiter nicht dulden könnten.

Spekuliert hier Briand auf die Klavisität der französischen Arbeiter, so hofft er die Sympathien der deutschen Arbeiter durch das Argument zu gewinnen: das ganze Unternehmen der Verbändemächte mit den auch der deutschen Arbeiterschaft abträglichen Sanktionen richte sich in Wirklichkeit gar nicht gegen die deutschen Arbeiter, sondern im Gegenteil gegen die deutschen Unternehmer, welche die eigentlichen Kriegsschuldigen seien, und die deshalb die Schulden aus dem Friedensvertrag bezahlen müßten. Die deutschen Banken, die deutsche Industrie, der deutsche Großhandel und die deutschen Großgrundbesitzer, sie seien alle reich genug, um das nötige Geld zur Bezahlung der Kriegsschäden herbeizuschaffen. Die deutschen Arbeiter fühlten nach französischer Auffassung dunkel, daß die französischen Soldaten die wahre Republik nach Deutschland brächten.

Schäht man drüben den deutschen Arbeiter wahrhaftig für so dumm ein, daß er den Herren Briand, Poincaré, Foch, Loucheur einen verachtigen